

## Pressemitteilung

Berlin, den 9. Juni 2016

### Ost-Ausschuss setzt sich für Strategiewechsel bei Russland-Sanktionen ein

- **Büchele: „Abbau von Sanktionen nicht erst am Ende des Minsk-Prozesses, sondern bereits parallel zu substantziellen Umsetzungsschritten“**
- **Konjunktur in Russland findet langsam aus der Krise**
- **Positive Dynamik in Südosteuropa**

Die EU sollte die für Ende Juni anstehende Debatte zur Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland für einen Strategiewechsel nutzen. Dafür setzt sich der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ein. „Wie Bundesaußenminister Steinmeier vorgeschlagen hat, sollte Russland der Abbau von Sanktionen nicht erst am Ende des Minsk-Prozesses, sondern bereits parallel zu substantziellen Umsetzungsschritten angeboten werden“, sagte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses Wolfgang Büchele in Berlin: „Es wäre gut, wenn dieser Vorschlag in Brüssel jetzt mehrheitsfähig wird und wir einen Einstieg in den Ausstieg aus den Sanktionen hinbekämen.“ Die russische und ukrainische Regierung rief der Ost-Ausschuss-Vorsitzende dazu auf, ihrerseits stärker auf Fortschritte im Minsk-Prozess hinzuarbeiten. Büchele kritisierte in diesem Zusammenhang, dass Russland seine Gegensanktionen im Agrarbereich bereits einseitig bis ins Jahr 2017 verlängerte. „Das war nicht hilfreich.“

Es falle schwer, die Auswirkungen der gegenseitigen Wirtschaftssanktionen seit 2014 zu quantifizieren. „Dies liegt insbesondere daran, dass es konjunkturell andere Einflussfaktoren wie den stark gesunkenen Ölpreis gibt, der natürlich einen großen

Anteil am Niedergang der Konjunktur in Russland und weiteren Ländern der Region hat“, sagte Büchele. Insgesamt schätzt der Ost-Ausschuss die wirtschaftlichen Einbußen durch die seit zwei Jahren bestehenden gegenseitigen Wirtschaftssanktionen inzwischen auf einen dreistelligen Milliardenbetrag. „Die Sanktionen belasten seit zwei Jahren die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Osteuropa und trüben die konjunkturellen Aussichten in der ganzen Region“, so Büchele.

### **Schwierige Lage in der Ukraine**

Dies gelte gerade auch für die Ukraine. Die Kaufkraft der ukrainischen Bevölkerung sei in den vergangenen zwei Jahren um 30 Prozent gesunken, das Bruttoinlandsprodukt des 45-Millionen-Einwohner-Landes inzwischen auf das der Slowakei mit 5,4 Millionen Einwohnern zurückgefallen. „Weder die Ukraine noch Russland können es sich wirtschaftlich leisten, den Minsk-Prozess weiter zu verzögern. Wir müssen hier Fortschritte erzielen“, sagte Büchele. „Die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Moskau und Kiew müssen aufhören.“

Mit einer Fortsetzung der Ende 2015 erstmals durchgeführten Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftskonferenz will der Ost-Ausschuss den Reformprozess in der Ukraine unterstützen. Die Konferenz ist für den Herbst 2016 geplant. „Bislang lassen der unklare Ausgang des Minsk-Prozesses, die bestehenden Sanktionen und die offenen Fragen im innerukrainischen Reformprozess die Investoren zögern. Deshalb wird die Wirtschaftskonferenz nur erfolgreich sein, wenn wir bis dahin zu einer besseren Gesamtsituation kommen“, betonte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende: „Wir hoffen sehr, dass bis Herbst einige der Investitionsbremsen gelöst werden. Die Aussicht auf Abbau der Sanktionen würde auch hier sehr helfen.“

### **Dialog über gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum**

Positiv kommentierte Büchele die angekündigte Teilnahme von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am St. Petersburg International Economic Forum Mitte Juni. Der Ost-Ausschuss erhofft sich dadurch den Beginn eines neuen Dialogs der EU-Kommission mit Russland und der Eurasischen Wirtschaftsunion über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum in Europa. Dieser war zuletzt mehrfach auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel angeregt worden.

„In Russland stehen die Türen für einen solchen Dialog offen. Und gerade Länder wie

Kasachstan, Armenien und Moldau werben offen dafür. Der Ball liegt nun bei der EU-Kommission“, erklärte Büchele.

Der EU-Russland-Handel ist nach aktuellen Zahlen von 2013 bis 2015 um 120 Milliarden Euro oder umgerechnet 35 Prozent eingebrochen. Russland fiel dadurch noch hinter die Schweiz an die vierte Stelle der wichtigsten EU-Handelspartner zurück. Die deutschen Exporte nach Russland schrumpften im selben Zeitraum sogar um 40 Prozent. Ein mögliches Ende dieser Entwicklung lassen die aktuellen Handelszahlen aus dem Frühjahr erwarten. Nach einem massiven Einbruch des deutsch-russischen Handels im vergangenen Jahr (-24 Prozent), schwächte sich der Rückgang im ersten Quartal auf minus zehn Prozent deutlich ab, dabei lagen die Zahlen für den deutschen Export nach Russland nur noch um vier Prozent im Minus.

### **Importsubstitution zeigt Wirkung**

Für die russische Wirtschaft sieht der Ost-Ausschuss nach einem Minus des Bruttoinlandsprodukts von 3,7 Prozent im vergangenen Jahr inzwischen deutliche Anzeichen für eine Stabilisierung. Ab Herbst sei wieder mit leichtem Wachstum zu rechnen. „Die Importsubstitutionsstrategie der Regierung als Reaktion auf die westlichen Sanktionen hat eine Reihe von Investoren zu einem Engagement in Russland gezwungen, um den großen Markt nicht völlig zu verlieren. Zudem ist das Land durch die Schwäche des Rubels und den starken Rückgang der Lohnkosten als Produktionsstandort deutlich attraktiver geworden“, sagte Büchele. Große Leuchtturmprojekte wie die Pipeline Nord Stream 2 und eine Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Moskau und Kasan könnten zu einer neuen Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Nord Stream 2 wird derzeit von einem europäisch-russischen Konsortium unter Beteiligung deutscher Energiekonzerne entwickelt. Bei dem 20-Milliarden-Projekt einer neuen Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Moskau und Kasan ist ein deutsches Konsortium in der engeren Wahl.

### **Russische Rezession belastet auch die Nachbarländer**

Ein Wiederanspringen der Konjunktur in Russland hätte positive Effekte für viele russische Nachbarländer. Diese sind im Zuge der russischen Rezession und der

politischen Krise fast ausnahmslos in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Dies gilt auch weiterhin für die Ukraine, deren wichtigster Handelspartner trotz starker Rückgänge auch im vergangenen Jahr noch Russland war. Der russisch-ukrainische Handel erreichte nach ukrainischen Angaben 2015 noch ein Volumen von 15 Milliarden Euro (2013: 33 Milliarden Euro). Zum Vergleich: Der Handel aller 28 EU-Länder mit der Ukraine lag 2015 bei 27 Milliarden Euro (2013: 38 Milliarden Euro). Deutschland hatte daran einen Anteil von 4,6 Milliarden Euro, ein Minus von zwölf Prozent gegenüber dem bereits sehr schwachen Vorjahr 2014. Nach Auswertung der Zahlen aus dem ersten Quartal 2016 deutet sich hier aber inzwischen eine Trendwende an: Deutschland importierte in den ersten drei Monaten 2016 drei Prozent mehr Güter aus der Ukraine, die deutschen Exporte kletterten sogar um 30 Prozent.

### **Positive Entwicklung in Südosteuropa**

Im Schatten der Ukraine-Krise haben sich die meisten Länder Südosteuropas in den vergangenen Monaten deutlich erholen können. Das deutsche Handelsvolumen mit dieser Ost-Ausschuss-Region, die zehn Länder umfasst, erreichte 2015 einen Wert von über 41 Milliarden Euro, ein Plus von zehn Prozent. Im ersten Quartal 2016 setzte sich dieser Aufwärtstrend weiter fort. Besonders stark waren die Zuwächse der deutschen Exporte nach Rumänien, Kroatien und Serbien, die jeweils um 14 Prozent anzogen.

#### Hinweis:

Auf der Internet-Seite [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de) halten wir eine Reihe von statistischen Blättern mit aktuellen Wirtschaftsdaten für Sie bereit.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist seit 1952 als gemeinsames Organ der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zentraler Ansprechpartner deutscher Unternehmen für die Märkte Russland, Belarus, Ukraine, Zentralasien, Süd-Kaukasus und Südosteuropa. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

#### Presse-Kontakt:

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
Andreas Metz  
Tel. 030 2028-1441  
E-Mail: [A.Metz@bdi.eu](mailto:A.Metz@bdi.eu)  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)